

**AMT DER WIENER
LANDESREGIERUNG**

und MD-Verfassungs-
Rechtsmittelbüro
1082 Wien, Rathaus
40 00-82 314

MD-VfR - 175/99 Wien, 9. März 1999

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Schulunterrichts-
gesetz geändert wird;
Begutachtung;
Stellungnahme

zu Zl. 12.940/3-III/A/2/99

An das
Bundesministerium für
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Zu dem mit Schreiben vom 29. Jänner 1999 übermittelten
Entwurf eines Bundesgesetzes wird wie folgt Stellung
genommen:

Gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf bestehen keine
grundsätzlichen Einwände.

Im § 35 Abs. 2 des Entwurfes wäre jedoch darauf Bedacht zu
nehmen, daß an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik
der Stadt Wien die Abteilungsvorstände für die pädagogische

Dienstaufsicht jener LehrerInnen zuständig sind, die die berufsbildenden Unterrichtsgegenstände Pädagogik und Didaktik prüfen, und deshalb als Mitglieder der Prüfungskommission vorgesehen werden sollten.

- 2 -

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere Ausfertigung ergeht an die e-mail Adresse "begutachtungsverfahren@parlament.gv.at".

Für den Landesamtsdirektor:

SR Dr. Macho

Dr. Jankowitsch
Obersenatsrat